



UNSERE SICHERHEIT EUROPA

Aus dem Inhalt:

■ Europas letzte Chance	1
■ Eine sicherheitspolitisch handlungsfähige EU	1
■ Europäisch und solidarisch	2
■ Zitat	3
■ Meinungsumfrage Europa und Sicherheit	4

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Europas letzte Chance

Mit Europa wird wieder einmal Schindluder getrieben – sein Wesen, seine Substanz, seine Werte, seine Strahlkraft, seine Überzeugungsfähigkeit und natürlich auch seine Praktikabilität für Herrn oder Frau Europäer stehen an.



Prof. Klaus Emmerich

Im Vergleich zu diesen prinzipiellen Fragen unserer kontinentalen Existenz nehmen sich die Definitions-Übungen, was es mit Europa geographisch, historisch, politisch oder wirtschaftlich auf sich hat, geradezu harmlos und/oder akademisch aus. Spätestens der Fall Türkei fördert einen Prozess an die Oberfläche unseres Bewusstseins, der eigentlich längst überfällig ist: was ist der Auftrag Europas nach innen und nach außen? Und wer steht dafür?

Die EU steht vor einer existenziellen Zukunftsfrage. Wird das Europa, das wir meinen, eine kompakte Ideengemeinschaft mit freiwilligem Verzicht auf überzogenen Nationalismus und Egoismus sowie der Perspektive, dem Bürger – seinen Interessen, seinen Wünschen und seiner Lebensart – zu dienen? Wird es gleichzeitig das – gewiss hochgesteckte – Ziel realisieren, als alte, oft gedemütigte und immer wieder Lebenskraft zeigende Welt eine Macht, die alle, auch außerhalb, respektieren, zu sein?

Gewiss ein hoher Anspruch in der Selbstbestimmung jenes Europas, das die Gründerväter der europäischen Integration mit einem gewissen Maß nationaler Selbstverleugnung seinerzeit anvisierten: eine Friedensgemeinschaft nach innen und nach außen, die sich ihre Überlebensfähigkeit selbst erarbeitet. Vergisst Europa diese Wurzeln, die tief im Humus unserer Zivilisation gewachsen sind, so drohen wir Europäer tatsächlich die letzte Chance zu verspielen. Dann droht ein politischer Pudding aus Völkerbund, UNO und Freihandelszone. Europa, recht verstanden, will und braucht mehr an Integrationskraft.

Eine sicherheitspolitisch handlungsfähige EU

Bundesminister Günther Platter

In Europa sind heute Krieg und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen nicht mehr länger ein adäquates Instrument der Politik. Prof. Münkler hat festgestellt, dass westliche Demokratien im Kern “post-heroische Gesellschaften” sind, die sich nicht länger auf Opfer und Ehre, sondern auf demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und Prozesse begründen.

Die Europäische Union hat zu dieser Entwicklung Entscheidendes beigetragen. Wir leben heute in einem friedlichen Europa, dort wo die Austragung von Konflikten mit Gewalt eher die Ausnahme, denn die Regel ist. Mitverantwortlich dafür ist die gestaltende Kraft der Europäischen Union. Dieses erfolgreichste Friedensprojekt der europäischen Geschichte wurde am 1. Mai um zehn neue Mitglieder erweitert.

Sicherheit im Verbund

Neue Bedrohungen und Risiken wie der internationale Terrorismus oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen machen es notwendig, auch sicherheitspolitische Entwicklungen, die sich in einiger Entfernung von unseren Grenzen abspielen, zu verfolgen, da diese auch negative Auswirkungen auf Europa haben können. Die Komplexität, die Vielschichtigkeit und die Vernetztheit der neuen Bedrohungen haben im Bereich der Sicherheitspolitik auch die Konsequenz, dass ein isoliertes, autonomes Vorgehen nicht mehr möglich und nicht effizient ist. Den neuen Bedrohungen kann nur im Verbund und in Kooperation mit Partnern entgegengewirkt werden. Den Schlüssel zur Sicherheit bildet die solidarische Zusammenarbeit der Staaten.

In der Europäischen Sicherheitsstrategie sind klar die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts aufgelistet: die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die organisierte Kriminalität, regionale Konflikte und gescheiterte Staaten. Die Bewältigung dieser sicherheitspolitischen Herausforderungen kann nur im europäischen Verbund erfolgen. Das ist die Aufgabe der Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies nicht zu erkennen, wäre nachlässig und könnte zu ungeahnten Konsequenzen führen.

“Bedrohungen zu bewältigen” heißt auch, sich diesen in aktiver und proaktiver Weise zu stellen. Es genügt nicht abzuwarten. Wir müssen bereits im Vorfeld sicherheitspolitischer Gefahren aktiv handeln.

Die EU als sicherheitspolitischer Akteur

Aus dieser Erkenntnis hat die EU ihre Sicherheitsstrategie angenommen. Sie ist auf dem besten Weg, sich Strukturen und Kapazitäten zu geben, um entsprechend agieren zu können. Die strukturierte Zusammenarbeit, die Beistandsklausel und die Europäische Verteidigungsagentur wie im Verfassungsvertrag vorgesehen sind wichtige Schritte. Die EU hat auch ihre Friedensmissionen im Rahmen von “Petersberg Plus” neu definiert. Die EU ist gewillt, ihrer Rolle als Akteur auch im globalen Rahmen nachzukommen. Das wird auch bei der Entwicklung der Auslandsoptionen der EU deutlich, die zeigen, dass die EU fähig und willig ist, neue sicherheits- und verteidigungspolitische Akzente zu setzen. Die EU kann aber nur so weit

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Europäisch und solidarisch

Österreicher bekennen sich in einem Maße zur militärischen Solidarität, die Vernaderer Lügen straft. 54% sind dafür, dass Österreich anderen EU-Staaten militärische Hilfe leistet, 45% sind dagegen. Sollte Österreich solidarische, militärische Hilfe der EU annehmen? 62% dafür, 38% dagegen. Fast zwei Drittel der Befragten bejahen die Teilnahme Österreichs an einer EU-Eingreiftruppe. Bemerkenswert auch die Einstellung zur Luftraumüberwachung. Ein Drittel der Befragten lehnt sie zwar ab, der Umkehrschluss ergibt eine Mehrheit freilich mit unterschiedlicher Intensität. Auch die Hälfte der befragten Österreicher spricht sich dafür aus, dass Europa zu einem Bundesstaat zusammen wächst und gemeinsame Streitkräfte aufgebaut werden.

Eine Meinungsumfrage des ÖIES liefert mit überraschender Deutlichkeit, wo sich das Koordinatenkreuz in Sachen Europa und Sicherheit in Wahrheit befindet. Nicht dort wo Ideologen, Schwarzseher und Ignoranten am Werk sind, sondern in der soliden Mitte, dort wo das wache Interesse erstaunlich wohl informierter Österreicher anzutreffen ist.

Für innere und äußere Sicherheit ergibt die Umfrage jedenfalls verlässliche und brauchbare Werte - nicht zuletzt für die Verantwortlichen. Sie sollten sich weniger denn je vor lärmendem Widerspruch beirren lassen und stattdessen Kurs halten. Kann doch spätestens mit dieser nützlichen Umfrage kein Zweifel mehr bestehen, dass es zu den fundamentalen Aufgaben eines modernen Staates zählt, Sicherheit herzustellen und zu gewährleisten. Dies nicht nur organisatorisch und hinter verschlossenen Türen der Experten, sondern in offener, ideologischer Feldschlacht mit Widersachern, die weniger an das Land und mehr an politische Selbstbefriedigung denken.

Fortsetzung von Seite 1

handlungsfähig sein, wie dies ihre Mitglieder wollen. Konzepte, Ideen und Visionen werden erst lebendig, wenn sie mit Leben und Inhalten gefüllt werden. Unter Inhalten ist zu verstehen:

1. Die Bereitstellung von Kapazitäten und Fähigkeiten. Die Zukunft der ESVP wird entscheidend von den militärischen Beiträgen der Mitgliedsländer abhängen.
2. Die Bereitschaft und den Willen auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene, diese Streitkräfte – wenn erforderlich – auch tatsächlich einzusetzen.



Die ESVP mitgestalten

Bei den Bemühungen um Sicherheit im Verbund steht für Österreich die Europäische Union im Mittelpunkt seiner Bemühungen, aber auch eine gute Kooperation mit der NATO. Besonders für kleinere Länder wie Österreich eröffnen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die ESVP ein breites Betätigungsfeld mit realen Chancen der Mitgestaltung. Es ist unbestreitbar, dass sich die ESVP der EU zu einem zentralen Element der weiteren Integration der Union entwickelt. Je mehr die Sicherheitspolitik einen zentralen Faktor für die Union darstellt, desto stärker ist auch Österreich gefordert, sich in die ESVP einzubringen. Österreich zählt schließlich zu den sogenannten Leistern, was Wirtschaft, Bildung, Technologie und andere Bereiche angeht. Schließlich zählt Österreich auch zu den Nettozahlern.

Es steht eindeutig fest, dass die Sicherheit Österreichs unmittelbar mit der Sicherheit Europas verknüpft ist. Die

europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für Österreich die reale Option, an einem transnationalen Sicherheitsgeflecht teilzunehmen. Die Vision und die zukünftige Verantwortung der EU muss es sein, aufbauend auf der Stabilität innerhalb der Grenzen der EU diese Stabilität in das geopolitische Umfeld der EU zu transportieren und nachhaltig zu implementieren. Daher das Motto: "Wer das Umfeld stabilisiert, sichert den Frieden Europas im 21. Jahrhundert".

Österreich ist gut beraten, alles in seiner Möglichkeit Stehende zu tun, an der

Weiterentwicklung der ESVP konsequent mitzuarbeiten. Daher liegt es im ureigensten Interesse Österreichs, dass der europäische Verfassungsvertrag angenommen wird. Die Entwicklung eines sicherheits- und verteidigungspolitischen Kerneuropas außerhalb der EU würde für Österreich hingegen massive Einschränkungen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Möglichkeiten bedeuten.

Für Österreich heißt das:

1. Unter den derzeit gegebenen rechtlichen und staatspolitischen Bedingungen ist eine solidarische Teilnahme des Landes an Krisenbewältigungen auf europäischer Ebene notwendig und möglich. Dies ergibt sich auch aus Art. 23f B-VG. Österreich bemüht sich, im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einen effizienten Beitrag zur Vertiefung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten. Aufgabe der Politik ist es daher, die neuen Rahmenbedingungen den Bürgern zu erklären.

2. Es sollte gelingen, eine sachliche Diskussion über Sicherheitspolitik zu führen und damit die bestehende Kluft zu überbrücken, die zwischen unserem außenpolitischen Anspruch, unserer wirtschaftspolitischen Leistungsfähigkeit und dem sicherheitspolitischen Profil besteht, in dem derzeit weder dieser Anspruch noch diese Leistungsfähigkeit reflektiert ist. Die hohe Professionalität und das Engagement des Bundesheeres sowie das Ausmaß unserer Beteiligung an militärischen internationalen Operationen stehen außer Frage und sind auch international hoch angesehen. Großer Nachholbedarf besteht hingegen bei der Qualität der militärischen Mittel, die einzubringen sind.

Gemessen an unserer Größe und unseren wirtschaftlichen Kapazitäten müssten wir Streitkräfte unterhalten, die auch qualitativ mit militärisch modernen kleineren Staaten – wie etwa den Niederlande oder Schweden – vergleichbar wären.

Europäisierung des Bundesheeres

Nach der Vorlage des Endberichtes der Bundesheer-Reformkommission geht es nun um die Um- und Durchsetzung der beschlossenen Vorschläge. Diese sollten sowohl von der Opposition als auch von der Bevölkerung breite Unterstützung erhalten.

Als Verteidigungsminister möchte ich festhalten, dass der primäre Zweck des Bundesheeres in der Zeit des Kalten Krieges die Abhaltungswirkung war. Es sollte gar nicht so weit kommen, dass das Bundesheer tatsächlich eingesetzt werden müsste. Heute hingegen wird das Bundesheer immer mehr zu einer Einsatzarmee entwickelt. Es geht auch um die Erhöhung des "Verwendbarkeitsgrades". Wir werden moderne, flexible, kurzfristig verlegbare, durchhalte- und zur multinationalen Zusammenarbeit fähige Strukturen aufbauen. Wir denken dabei nicht mehr rein national, sondern vor allem europäisch – also an eine "Europäisierung des Bundesheeres". Diese bedeutet, dass die Strukturen so geschaffen und geplant werden müssen, dass sie tatsächlich zur Verfügung stehen und eingesetzt werden können. Es geht darum, dass Österreich als berechenbarer und verlässlicher Partner auf europäischer Ebene wahrgenommen wird. Dies erfordert freilich ein Umdenken in der Politik, in der Bevölkerung, teilweise auch innerhalb des Bundesheeres.



Bundesminister Günther Platter

Die Europäische Union hat ihre Fähigkeiten zur Durchführung internationaler Operationen mit den Einsätzen "Concordia" in Mazedonien, "Artemis" im Kongo bereits hinreichend bewiesen. Sie wird jetzt mit "Althea" in Bosnien-Herzegowina einen größeren Beitrag leisten.

Für die Zukunft bedeutet dies, dass wir auf nationaler und supranationaler Ebene bessere Fähigkeiten entwickeln müssen, um auch an "anspruchsvollen" Operationen teilnehmen zu können. Im internationalen Gefüge wird die Rolle eines Staates künftig daran gemessen werden, welchen Beitrag er zur gemeinsamen und solidarischen Sicherheit in und für Europa leistet. Dieses gilt nicht nur für Europa, sondern auch weltweit im Rahmen der Vereinten Nationen, wie



bei einem etwaigen Einsatz von UN/SHIRBRIG im Sudan.

Bei Auslandseinsätzen hat das Bundesheer eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte aufzuweisen. Beim Bosnien-Einsatz hat das Bundesheer unter der Ägide der EU 135 Mann entsandt. Unser KFOR-Kontingente umfasst zur Zeit 600 Mann. Die jüngsten Unruhen im Kosovo sind ein deutliches Signal für die fortge-

Zitat:
*„Europa bauen
 heißt Frieden sichern“*
 Robert Schuman

setzte Notwendigkeit eines internationalen Engagements in diesem Raum. Auf dem Golan hat Österreich 370 Soldatinnen und Soldaten stationiert. Nach Afghanistan werden wir bis zu zehn Staboffiziere entsenden, dazu kommt noch eine Reihe von Militärbeobachtungs- und Verbindungs-offizieren. Insgesamt stehen derzeit etwa 1.100 Soldaten und Soldatinnen im Auslandseinsatz – für ein kleines Land wie Österreich eine beachtliche Zahl. Wir werden uns noch mehr an Friedenseinsätzen im Ausland beteiligen.

Innere Sicherheit

Die globale Sicherheitslage macht auch ein effizientes und umfassendes Konzept innerer Sicherheit notwendig. Nur ein Staat, der Sicherheit im Inland garantieren kann, wird auch dazu beitragen können, Sicherheit im Ausland zu gewährleisten. Um die neuen Herausforderungen im Inneren zu bewältigen, sind alle verfügbaren staatlichen, zivilen und militärischen Kräfte sowie nicht-

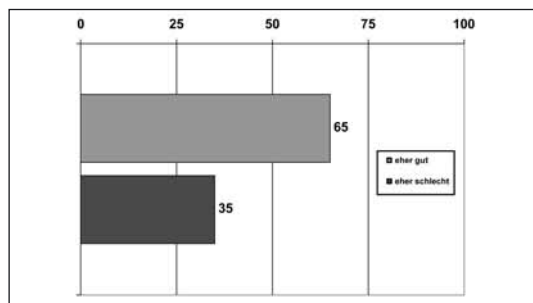
staatlichen Akteure mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im Rahmen eines gesamtstaatlichen Konzepts gefordert. Den Streitkräften kommt auch im Rahmen der Krisenbewältigung im Inneren eine wichtige Rolle zu. Dies gilt vor allem für Assistenz-einsätze, um zivile Behörden zu unterstützen. Der Eindruck, dass das Bundesheer nur noch im Ausland tätig sein werde, ist falsch.

Fortsetzung auf Seite 4

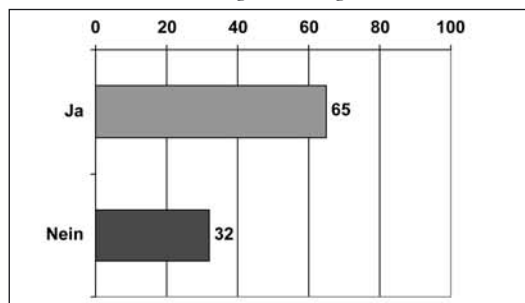
Meinungsumfrage "Europa und Sicherheit"

Das ÖIES hat die Haltung der österreichischen Bevölkerung zu wichtigen aktuellen Themen der Europa- und Sicherheitspolitik erhoben. Dabei zeigt sich, dass bei den Österreichern in Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik ein deutlicher Trend zur verstärkten europäischen Solidarität feststellbar ist:

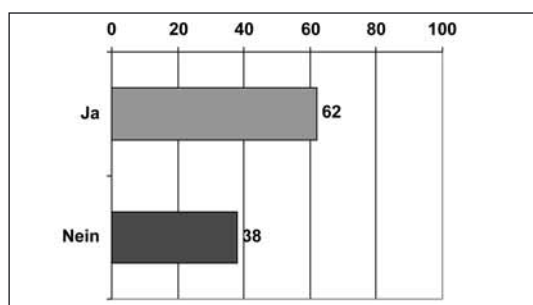
EU-Verfassung und politisches Zusammenwachsen ist: (in Prozent)



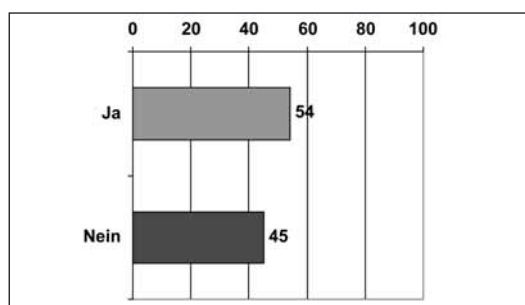
Soll sich Österreich an der geplanten 60.000 Mann starken militärischen Eingreiftruppe der EU mit Freiwilligen beteiligen: (in Prozent)



Österreich sollte eine solidarische militärische Hilfe der EU annehmen: (in Prozent)



Österreich sollte eine solidarische militärische Hilfe anderen EU-Staaten leisten: (in Prozent)



Die Gesamtstudie ist auf der Homepage des ÖIES unter www.oeries.or.at abrufbar.



Fortsetzung von Seite 4

Wir können zwar die militärische Landesverteidigung "zurückfahren", da in absehbarer Zeit kaum mit einer konventionellen Bedrohung zu rechnen ist. Das Bundesheer hat andererseits den Schutz der Grenzen - wie beim Assistenzeinsatz - sowie des Luftraumes durch Luftraumüberwachung - zu gewährleisten. Wir müssen auch in der Lage sein, im Falle eines Terroranschlags in Österreich angemessen reagieren zu können.

Herausforderungen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht vor großen Herausforderungen. Es geht um die Bewältigung der Bedrohungen des 21. Jahrhunderts, die nur im Verbund erfolgen kann, Solidarität und Kooperation sind

unabdingbar. Zum anderen darf auch der sicherheitspolitische Zug in Europa nicht verpasst werden. Uns muss klar sein, dass wir nicht der "Lokführer" sein müssen, aber wir können - wenn wir den Willen dazu zeigen - die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa doch maßgeblich mitbeeinflussen. Da die weitere Entwicklung der ESVP von den "Fähigen und den Willigen" bestimmt sein wird, kann sich Österreich ein passives Abseitsstehen nicht leisten. In der ESVP nicht eingebunden zu sein, bedeutet nicht nur die Unmöglichkeit der Mitgestaltung der ESVP, sondern hat längerfristig auch negative Rückwirkungen auf andere Politikfelder in der EU.

Um es auf den Punkt zu bringen: In einer sich erweiternden EU wird Österreich seine Stellung als "Gestalter", die

dem wirtschaftlichen und politischen Gewicht des Landes entspricht, nur dann bewahren können, wenn es auch ein entsprechendes Engagement im Bereich der Sicherheitspolitik zeigt. Die Politik kann und darf in diesem so zentralen Bereich der Sicherheitspolitik nicht abgehoben und isoliert agieren. Wichtig ist die Zusammenarbeit und Kommunikation mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppierungen und Institutionen sowie auch und vor allem mit der Bevölkerung. Eine sachliche Diskussion ist notwendig. Diese darf sich jedoch nicht nur um Kapazitäten und Fähigkeiten drehen, sondern muss auch zu einem neuen Denken führen. Es müssen auch in den Köpfen Grenzen überschritten werden, damit Österreich den neuen Herausforderungen entsprechen kann.

Medieninhaber, Herausgeber und Offenlegung:
 Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik A-2346 Ma. Enzersdorf-Südstadt, Erlaufstr. 7/1
 Verantwortlich: Dr. Erich Hochleitner, Direktor des ÖIES. Der Newsletter erscheint periodisch und dient der unabhängigen Sachinformation über Fragen der europäischen Sicherheit.
 Produktion: Studio Oranje Werbegrafik GmbH, 2371 Hinterbrühl
 02Z033477M P.b.b. Erscheinungsort Maria Enzersdorf/Verlagspostamt A-2346 Maria Enzersdorf/Südstadt

Einzelpreis: € 1,10